

CO₂-Bepreisung – Gebot der Stunde?!

Forderungen der E-Wirtschaft

September 2019

CO₂-Bepreisung – Gebot der Stunde?!

Hintergrund – Klimaziele werden ohne weitere Maßnahmen verfehlt

Österreich wird die Klimaziele von Paris ohne zusätzliche Maßnahmen nicht erreichen, Strafzahlungen in Milliardenhöhe drohen. Ein international oder europaweit einheitliches Vorgehen in der vom Pariser Klimaabkommen vorgegebenen Zeit erscheint derzeit nicht realistisch, einige EU-Mitgliedstaaten, allen voran Schweden, haben sich für nationale Lösungen komplementär zum EU-Emissionshandelssystem (ETS) entschieden, in diese Richtung geht auch die aktuelle Debatte in Deutschland.

(Länderübersicht: <https://www.worldbank.org/en/programs/pricing-carbon>)

Will Österreich seine CO₂-Emissionen substantiell reduzieren, sind Initiativen gefordert, die klimaschädliche Fehlanreize etwa im Steuer-, Abgaben- bzw. Fördersystem durch wirksame ökonomische Anreize für Investitionen in mehr Klimaschutz und klimafreundlicheres Verhalten ersetzen. Energiewissenschaftler, Ökonomen und beratende Gremien sehen die CO₂-Bepreisung bei richtiger Ausgestaltung als ein wirksames Instrument an, den Klimawandel sozialverträglich einzudämmen.

Empfehlung der Wissenschaft an die Politik: CO₂-Bepreisung über alle Sektoren

Österreichs E-Wirtschaft hat sich bereits im April 2019 für eine gerechte Bepreisung von CO₂-Emissionen ausgesprochen. (<https://oesterreichsenergie.at/positionspapiere-und-fact-sheets.html>). Die Forderung von Oesterreichs Energie nach einer CO₂-Bepreisung auch in jenen Sektoren, die bisher nicht ihren Emissionen entsprechend belastet sind und daher unterproportional zur Zielerreichung beitragen, ist auch Kernpunkt der aktuellen wissenschaftlichen Empfehlungen an die Politik, insbesondere in Deutschland: In den bislang nicht vom EU-ETS erfassten Sektoren Wärme und Verkehr soll ein separater CO₂-Preis etabliert werden. Hierfür gibt es zwei Ansätze, ein eigenes Emissionshandelssystem für diese Sektoren Wärme und Verkehr oder eine CO₂-Steuer.

Zwei Modelle hierfür in Diskussion: CO₂-Steuer oder Emissionshandelssystem?

Beide Modelle, ein Zertifikatehandel (Steuerung über die maximale Menge von Verschmutzungsrechten) und eine Steuer (Steuerung/Lenkung über den Preis), können bei geeigneter Ausgestaltung eine effiziente ökonomische Grundlage für die Erreichung der Klimaschutzziele sein. Sowohl das mengenbasierte Emissionshandelssystem wie auch das preisbasierte Besteuerungssystem bieten Vor- und Nachteile bzw. zeigen Stärken und Schwächen in der Praxis. Die jüngsten Gutachten bestätigen einhellig, dass eine CO₂-Bepreisung nötig und sozialverträglich möglich ist. Die Frage, ob via CO₂-Steuer oder Emissionshandel (in den Sektoren Wärme und Verkehr) wird unterschiedlich beantwortet. (Vergleich der Konzepte: <https://co2abgabe.de/infomaterial/>)

Für eine CO₂-Preis orientierte Reform des Steuer- und Abgabensystems spricht, dass zahlreiche belastbare Analysen vorliegen und dass sie durch Anpassung von bestehenden

Steuern sehr schnell umgesetzt werden kann. Die europaweite oder nationale Ausweitung des ETS auf die bisher nicht erfassten Sektoren Wärme (überwiegend Gebäude) und Verkehr ist hingegen Neuland.

Empfehlungen für Österreich: Arbeit entlasten – negative Umwelteffekte stärker besteuern

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO 2018, 2019) empfiehlt, wie auch die OECD (2013) oder die Europäische Kommission (2015), die Steuerlast auf Arbeit zu senken und stattdessen negative Umwelteffekte zu besteuern. Die Einführung einer CO₂-Steuer für die Nicht-Emissionshandelssektoren würde laut WIFO diese Steuerlastverlagerung ermöglichen und neben der Senkung der CO₂-Emissionen positive Beschäftigungs- und Wachstumseffekte mit sich bringen (doppelte Dividende), wenn Einnahmenrecycling (z.B. Ökobonus und Senkung der Arbeitgeberbeiträge) vorgenommen wird. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie mit ihrer großen Bedeutung für Volkswirtschaft, Arbeitsplätze und Wertschöpfung darf allerdings nicht beeinträchtigt werden. Daher sind für die CO₂ Bepreisung vorrangig europäische Lösungen anzustreben.

Steuern und Abgaben an Emissionen orientieren

Die Energieabgaben in Österreich sind nicht an den Emissionen orientiert und Strom wird im Verhältnis zu seinen Vorteilen in Punkto Energieeffizienz und Emissionen vergleichsweise hoch besteuert. Entgegen der sinnvollen CO₂-Orientierung bei Energieabgaben setzt die Elektrizitätsabgabe erst beim Stromverbrauch an, bei dem nicht mehr nach der „Herkunft“ des Stroms differenziert werden kann und wodurch für Ökostrom die CO₂-bezogene Belastung letztlich auf beliebig hohe Werte steigt. Insgesamt zeigt sich, dass das System der Energieabgaben in Österreich nur sehr eingeschränkt geeignet ist, klimafreundliches Verhalten zu induzieren.

Die E-Wirtschaft ersteigert im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) seit 2013 die Zertifikate für die Emissionen aus der thermischen Stromerzeugung zur Gänze. Mit dieser zusätzlichen Kostenbelastung auf Brennstoffe der Stromerzeugung leistet die E-Wirtschaft bereits ihren, dem Ausmaß ihrer Emissionsintensität entsprechenden finanziellen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Es darf daher, etwa im Rahmen einer möglichen CO₂-Besteuerung, zu keiner weiteren steuerlichen Belastung des Energieträgers Strom kommen, im Gegenteil, die Elektrizitätsabgabe sollte auf die EU-Mindestsätze gesenkt werden.

Die E-Wirtschaft fordert:

- **Stärkere Bepreisung der CO₂-Emissionen in jenen Sektoren, die bisher unterproportional zur Zielerreichung beitragen**
- **Abgabensystem für Energieträger CO₂-orientiert gestalten**
- **Keine doppelte Belastung der thermischen Stromerzeugung und der KWK-Anlagen zusätzlich zum bestehenden ETS**
- **Zweckbindung der ETS/ CO₂-Einnahmen zur Finanzierung von Maßnahmen zur Emissionssenkung und zur Minderung möglicher negativer Verteilungseffekte**

- **Wenn das Abgabensystem CO₂-orientiert gestaltet wird, ist die Elektrizitätsabgabe auf die EU-Mindestsätze zu senken**
- **Europäische Lösung anstreben**
- **Level-Playing-Field der Energieträger auf Basis der Emissionen sicherstellen**

Über Oesterreichs Energie

Oesterreichs Energie vertritt seit 1953 die gemeinsam erarbeiteten Brancheninteressen der E-Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Als erste Anlaufstelle in Energiefragen arbeiten wir eng mit politischen Institutionen, Behörden und Verbänden zusammen und informieren die Öffentlichkeit über Themen der Elektrizitätsbranche. Die rund 140 Mitgliedsunternehmen erzeugen mit rund 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr als 90 Prozent des österreichischen Stroms mit einer Engpassleistung von über 25.000 MW und einer Erzeugung von rund 68 TWh jährlich, davon 72 Prozent aus erneuerbaren Quellen.

Rückfragehinweis

Dipl.-Volksw. Alexandra Gruber

Österreichs E-Wirtschaft
Brahmsplatz 3, A-1040 Wien
Tel.: +43 1 50198 211

E-Mail: a.gruber@oesterreichsenergie.at
www.oesterreichsenergie.at